

epd-Gespräch: Karsten Wiedener

Wittenberg:

Der Wittenberger Theologe Friedrich Schorlemmer hat nach dem Erfolg der AfD bei der Landtagswahl am Sonntag in Sachsen-Anhalt von der Partei ein klares Bekenntnis zu demokratischen Grundwerten gefordert. Das Positive an dem Ergebnis sei, dass die Auseinandersetzung ins Parlament getragen wird, „wo sie hingehört“, sagte er dem Evangelischen Pressedienst (epd) am Montag in Wittenberg. Dort müsse die AfD auch deutlich machen, wie sie sich vor allem zur Unantastbarkeit der Menschenwürde verhält.

Die AfD müsse auch zeigen, was sie etwa in der Bildungs-, Sozial- und Kulturpolitik sowie für die wirtschaftliche Entwicklung zu bieten hat. „Die AfD und ihre Wähler kommen jetzt in den demokratischen Ernstfall“, betonte der evangelische Pfarrer und DDR-Bürgerrechtler. Die bisherige Wählerschaft der AfD lebe von einem „Komglomerat des Ablehnens“. Dies müsse in der parlamentarischen Debatte entblättert werden. Auch müsse „das Denken vom Bauch wieder in den Kopf kommen“.

Das Wahlergebnis sei zwar kein Unglück, aber schlimm für die demokratische Kultur. Beunruhigend sei auch vor allem, dass eine Partei aus dem Stand heraus 24 Prozent der Wahlberechtigten mit von ihr selbst geschürten Ressentiments gewinnt. Das Ergebnis sei auch „Ausdruck einer Entsolidarisierung, die sich lautstark bis zum Brüllen äußert“.

Von der AfD habe er noch kein einziges Wort des Mitgefühls mit den Tausenden Flüchtlingen gehört, die derzeit an Grenzen im Schlamm ausharren müssten, erklärte Schorlemmer. Ebenso habe sich die Partei nicht von Gewaltübergriffen gegenüber Flüchtlingen distanziert. Die Partei nehme Übergriffe wie etwa in Tröglitz, Bautzen und Clausnitz, billigend hin, „weil die Täter aus deren Klientel kommen“.

Auch die Kirchen wie die ganze Gesellschaft seien bei der Auseinandersetzung mit der AfD und deren Anhängern gefordert. „Wir müssen uns um Menschen bemühen, die irrationale Ängste gegenüber Fremden haben“, sagte Schorlemmer. Mit gewalttätigen Menschen sei allerdings kein Dialog möglich. Zudem sollten Kirchen AfD-Mitgliedern nicht den Weg in Gemeindekirchenräten verwehren oder sie ausschließen. „Das würde bedeuten, sie zu Märtyrern zu machen und auszugrenzen“, sagte Schorlemmer. Es werde aber eine schwierige Herausforderung, wenn sich die Parteimitglieder als Christen bezeichnen und gleichzeitig fremdenfeindlich eingestellt sind.